

Meldungen aus dem Gemeinderat

Mehr Gelder für Bildung und Sozialarbeit

(cs). Der Kinder- und Jugendbeirat hatte die Empfehlung gegeben, der Gemeinderat gab nun grünes Licht: Die Sozialarbeit in Weinheim wird ausgebaut. Und im Bereich der Bildung wird auch investiert.

Sowohl Volkshochschule wie auch Musikschule hatten Anträge auf höhere Zuschüsse gestellt. Zwei wichtige Einrichtungen, die umsichtig arbeiten, wie Stadträtin Christina Eitenmüller attestierte, und hinter deren Arbeit sich der Gemeinderat geschlossen stellte. „Man müsse nicht darüber reden, was beide leisten“, sagte Dr. Alexander Bogusl-

waski (GAL) und auch Wolfgang Metzeltin (SPD) sah die Gelder gut angelegt. Bei der nahezu einhelligen Meinung, von der sich nur Dr. Michael Lehner abhob, der auf das jahrelange Defizit der Institutionen verwies, wirkte sich auch aus, dass beide Bildungseinrichtungen sich aktiv um Einnahmen aus eigenem Handeln und Arbeiten bemühen. Vor diesem Hintergrund stimmte der Gemeinderat der Zuschusserhöhung aller Mitgliedsgemeinden für die Musikschule auf 500.000 Euro (2018) bzw. 530.000 Euro (2019) zu. Für Weinheim heißt das eine Zunahme von 35.000 Euro (2018) bzw.

65.000 Euro (2019). Weinheims Anteil an der Gesamtbezuschussung der Volkshochschule in Höhe von 287.935 Euro beträgt zukünftig 214.661 Euro, was einem Plus von 5.400 Euro pro Jahr entspricht.

Schulsozialarbeit und Förderprojekte

Um den Anforderungen in den Schulen gerecht zu werden, baut Weinheim seine Schulsozialarbeit aus. Laut Empfehlung des Kinder- und Jugendbeirats werden im Jahr 2018 zwei weitere Vollzeitstellen geschaffen. In ihren Stellungnahmen verwiesen die Fraktionen darauf, dass die Probleme an den Schulen nicht geringer werden auch

aufgrund der gesellschaftlichen Entwicklung.

Auch die Förderprojekte „Bildungslotsen“ und „TEMA“ wurden vom Gemeinderat im Sinne ihrer Fortführung einstimmig verabschiedet. Cornelia Münch-Schröder (GAL) bescheinigte, dass damit alle Kinder eine Chance auf eine gelingende Lernbiographie hätten. Oberbürgermeister Heiner Bernhard sah beides als „Aufgabe der kommunalen Verantwortungsgesellschaft“. Beide Projekte bieten vor allem für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund eine Unterstützung. Die „Bildungslotsen“ sollen zudem auf vier weitere Schulen ausgeweitet werden.